



**Jürgen Peters: Dem Frieden wieder eine Chance geben**  
**Michael Barthel: AfD – die neue Arbeiterpartei?**

**Beiträge u.a. von**  
**Melisa Atav, Holger Politt,**  
**Hinrich Kuhls, Phil Burton-**  
**Cartledge, Andrew Fisher, John**  
**McDonnell, Wolfgang Müller,**  
**Joachim Bischoff, Klaus Bullan**



**Forum**  
**Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## »Zammenreißen – Bayern gegen Rechts«

Am 8. Oktober wurde in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Zuvor hatten in der Münchner Innenstadt ca. 35.000 engagierte Bürger\*innen gegen den Rechtstrend im Land demonstriert. Die Wahlergebnisse haben die Dringlichkeit dieses Engagements unterstrichen [...]

## Rechtsverschiebung auch in Hessen

Gewinner der Hessenwahl ist die CDU, die seit knapp 25 Jahren den Ministerpräsidenten stellt und ihr Ergebnis von 2018 – das allerdings schlechteste seit 1966 – um fast acht Prozentpunkte verbessern konnte. Die AfD hat aus allen Richtungen Wähler\*innen dazu gewonnen und wurde zweitstärkste Kraft. [...]

## Deutsche Wirtschaft weiter auf Talfahrt

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute senken ihre Prognose für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Frühjahrsschätzung um 0,9 Prozentpunkte auf minus 0,6%. Für das Jahr 2024 erwarten sie ein Plus von 1,3%. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Pulverfass Naher Osten

Redaktion Sozialismus.de: Israel im Ausnahmezustand – Gaza belagert . . . . .	2
Friedrich Steinfeld: Flächenbrand in Nahost? Ein neuer Kriegsherde und seine geo-ökonomischen und -politischen Risiken . . .	7

## Ein Lichtblick aus Polen, folgt auch Großbritannien?

Holger Politt: Nationalkonservative Zurichtung in Polen beendet Die Parlamentswahlen vom 15. Oktober setzen das Stoppzeichen . . . . .	11
Hinrich Kuhls: Britannia, quo vadis? Das Vereinigte Königreich vor einem langen Wahljahr . . . . .	14
Phil Burton-Cartledge: Die Reproduktionskrise der Konservativen Partei Zur schwindenden politischen Macht der Tories . . . . .	18

Andrew Fisher/John McDonnell: Die Aufgaben einer künftigen Labour-Regierung Bestandsaufnahme des Erbes langjähriger Austeritätspolitik . . . . .	22
---	----

## Ökonomische Schwergewichte in Turbulenzen

Joachim Bischoff: Weltmacht USA in der Sackgasse Kongress-Kammer blockiert Handlungsfähigkeit . . . . .	28
Wolfgang Müller: Von der Immobilienblase zur Finanzkrise? Chinas Risiko einer langen Phase der Stagnation . . . . .	35

## Forum Gewerkschaften

Jürgen Peters: »Frieden und Abrüstung müssen wieder mehr in den Vordergrund!« Gewerkschaften waren immer ein Teil der Friedensbewegung .	40
Michael Bartels: Die neue Arbeiterpartei? Wie sich die AfD zu Tarifpolitik und betrieblicher Mitbestimmung verhält . . . .	43
Martin Beckmann: Gute Arbeit, Tarifbindung, Digitalisierung, Krieg und Frieden Wichtige Beschlüsse und Debatten auf dem 6. ver.di-Bundeskongress . . . . .	48
Melisa Atav: »Du brauchst jemanden, der den Funken zündet« Über die Proteste gegen die Schließung von Binding in Frankfurt a. M. . . . .	51
Nathan Weis / Peter Schadt: Die Lohn-Preis-Spirale Ein als ökonomisches Sachgesetz verkleideter Anspruch des Kapitals . . . . .	54

## Bildungsnotstand bleibt

Klaus Bullan: Bildung in der Transformation Deutschland ist schlecht aufgestellt . . . . .	56
---	----

## Ein neues Bündnis spaltet DIE LINKE

Joachim Bischoff/Klaus Bullan/Bernhard Müller/Björn Radke/Gerd Siebecke: Zum »Bündnis Sahra Wagenknecht« Alternative zur weichgespülten »Ja, aber ...«- Linkspartei? . . . . .	61
--	----

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum . . . . .	47
Veranstaltungen & Tipps . . . . .	64
Martin Groschwald: Fallende Blätter (Filmkritik) . . . . .	65

## »Frieden und Abrüstung müssen wieder mehr in den Vordergrund!«

Gewerkschaften waren immer ein Teil der Friedensbewegung

von ■ Jürgen Peters



Ich könnte meinen Beitrag mit dem Hinweis beginnen: »Mit eines anderen Arsch ist gut durchs Feuer fahren.« Trotzdem: Ich bin der Einladung gerne gefolgt. Gerade im Wissen darüber, dass es immer schwerer fällt, sich in dieser Zeit in der Öffentlichkeit gegen den schrecklichen Krieg zu positionieren.

Ich finde es bedauerlich, dass sich einige in den Gewerkschaften so zurückhaltend verhalten, was den grausamen Krieg in der Ukraine angeht. Es ist auch deshalb bemerkenswert, weil sich gerade die Gewerkschaften immer auch als ein Teil der Friedensbewegung verstan-

den haben. Weil sich die Gewerkschaften immer gegen Krieg und für Völkerverständigung ausgesprochen haben. Weil den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern immer klar war: Krieg ist immer ein Verbrechen! Krieg bedeutet Tod – bedeutet Leid und Zerstörung.

Der Krieg in der Ukraine hat auch unser Leben verändert. Nicht nur im Bewußtsein sondern auch auf der materiellen Seite. Ich will hier nicht weiter vertiefen, welche Belastungen auf die Haushalte zugekommen sind und welche Profite sich auf anderer Seite niedergeschlagen haben.

Deshalb: Für die Gewerkschaften – wie für andere auch – gilt der Satz von Willy Brandt »Der Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!« Deshalb: Wir haben alles zu tun, um den Frieden wieder zu ermöglichen und alles zu unterlassen, was die kriegerische Auseinandersetzung weiter befeuert.

Wir haben aus zwei Weltkriegen und dem Faschismus die Lehren gezogen. Ich darf deshalb in diesem Zusammenhang auf die Positionen der Gewerkschaften verweisen. So setzt sich der DGB in seinem Grundsatzprogramm »dafür ein, dass die Menschenrechte universelle

Geltung gewinnen. Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivile Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden. Die Vereinten Nationen müssen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt werden.«

Und an anderer Stelle heißt es: »Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auflösung von Warschauer Vertrag und Sowjetunion haben der Blockkonfrontation den Boden entzogen. Die Auflösung der bipolaren Struktur hat neue, historisch einmalige Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung eröffnet. Diese optimal zu nutzen, ist Aufgabe der Politik. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden. Wichtigstes Ziel muss sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der Krieg in Europa unmöglich macht. Dies geht über die Reduktion von Waffen und Streitkräften hinaus. Diese gemeinsame Sicherheit ist geeignet, den europäischen Nationen eine friedliche Zukunft zu sichern und den Völkern Osteuropas die begründete Aussicht auf bessere Lebensumstände zu eröffnen.«

Und die IG Metall hat in ihrer Satzung im § 2 die Aufgaben und Ziele festgehalten. Da heißt es unter anderem: Die IG Metall »bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein.«

Zum diesjährigen IG-Metall-Gewerkschaftstag heißt es in dem Grundsatzantrag des Vorstandes unter der Überschrift »Wo wir stehen – wohin wir gehen«: »Unsere friedenspolitischen Debatten über den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind von sehr unterschiedlichen Tönen geprägt. Deutlich wurden aber auch unsere geteilten Überzeugungen und Haltungen: Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen können und dürfen kein Mit-

tel zur Konfliktbewältigung sein. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab.«

Und an anderer Stelle heißt es: »Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. Eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands ist auszuschließen, die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen.« Und im Weiteren heißt es: »Eine Neuaufstellung und Revitalisierung der Friedensbewegung ist gleichwohl unerlässlich.«

In der Tat: Wir brauchen eine Revitalisierung der Friedensbewegung. Gerade, wo sich eine seltsame Art von Kriegsbegeisterung in Windeseile durchzusetzen scheint. Man kann eigentlich nur noch fassungslos sein über den kriegslüsternden Zustand einiger unserer Medienverantwortlichen und Politiker.

Gewiss: Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Der Mainstream ist eindeutig. Die veröffentlichte Meinung kennt offensichtlich kein Pardon. Alles, was sich nicht auf Linie bewegt oder sich sogar in den Weg stellt, wird niedergemacht. Selbst jede vorsichtige Position gegen den Krieg wird als »pro-russische« Position markiert. Das Wort »Putin-Versteher« ist da schnell als Totschlagsargument zur Hand. Dazu hat Klaus von Dohnanyi völlig zu Recht einmal ausgeführt: Was heißt das eigentlich: »Putin-Versteher«? Natürlich muss man den anderen verstehen, wenn man mit ihm eine Verständigung herbeiführen will. Verstehen heißt nicht, Verständnis für den anderen zu haben.

Verkehrte Welt. Vieles läuft verkehrt!

Als die ukrainische Armee im Mai 2014 zum Beispiel mit Luftangriffen auf Slowjansk im Bezirk Donezk einen Krieg entfesselte, war in keinem deutschsprachigen Medium vom Krieg die Rede. Als die Menschen, die gegen den verfassungswidrigen Regimewechseln in Kiew protestierten, ins Gewerkschaftshaus getrieben wurden, war es kaum eine Zeile wert. Auch nicht, als das Gebäude angezündet wurde und die, die sich aus dem brennenden Gebäude retten wollten, erschlagen wurden.

Es scheint zu stimmen, was viele bereits gesagt haben: Im Krieg stirbt die

Wahrheit zuallererst. Da werden Sachverhalte ig-

noriiert. Da werden Tatsachen verdreht oder gar das Gegenteil behauptet. Wenn es zum Beispiel wahr ist, dass »den Russen« versprochen wurde, keine Osterweiterung im Zuge der Wiedervereinigung – dann wurde in relativ kurzer Zeit ein Versprechen gebrochen. Ein eklatanter Vertrauensbruch. Und das in einer Zeit, wo es gerade darum gehen müsste, Vertrauen aufzubauen und zu vertiefen. Vertrauen in eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa.

Wenn es stimmt, dass ein Land in die NATO nur aufgenommen werden kann, wenn alle NATO-Mitglieder dem zustimmen – dann hat Deutschland die Chance verpasst, einen Konflikt zu entschärfen und damit möglicherweise allen Beteiligten viel Leid und Elend zu ersparen. Wenn es stimmt, dass Ende März 2022 Wolodymyr Selenskyi Russland einen Vorschlag zur Beilegung dieses blutigen Konflikts gemacht hat und der Westen, insbesondere Boris Johnson, Selenskyi aufgefordert hat, das Angebot wieder zurückzunehmen, dann deutet es darauf hin: Dieser Konflikt, diese Auseinandersetzung, hat andere Ursachen und Gründe. Es geht hier um Interessen – es geht um geopolitische Interessen des Westens.

Ja! Es geht nicht mehr um das, was wahr ist. Es geht nicht mehr um Tatsachen. Es geht nur noch um Ansichten über Tatsachen. Ein kluger Kopf hat einmal über den derzeitigen Journalismus geurteilt und ihn verächtlich als Meinungsjournalismus bezeichnet. Ja! Der Mainstream-Journalismus hat sich mehr und mehr von seiner eigentlichen Aufgabe und Funktion entfernt. Da geht es nicht mehr um eine objek-

*Jürgen Peters war von 1988 bis 1998 Bezirksleiter des Bezirks Niedersachsen, von 1998 bis 2003 Zweiter Vorsitzender und von 2003 bis 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall. Bei diesem Beitrag handelt es sich um die leicht bearbeitete Rede, die er am 1. Oktober auf der Veranstaltung der Initiative »Frieden schaffen« im Haus Gallus in Frankfurt am Main gehalten hat. Jürgen Peters gehört – neben vielen anderen Gewerkschafter\*innen – auch zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs zur Friedensdemonstration »Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten« am 25. November in Berlin (nie-wieder-krieg.org).*

tive Bericht-  
erstattung. Da  
geht es nicht  
mehr um Auf-

klärung von Sachverhalten. Da geht es nicht mehr um das Aufzeigen von möglichen unterschiedlichen Interessen.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass der Journalismus als vierte, unkontrollierte Gewalt in unserem Lande zielstrebig »eigenständige« andere Interessen verfolgt. Man kann sogar den Eindruck gewinnen, dass sich mittlerweile die BILD quasi zum »Leitmedium« der gesamten Presse entwickelt hat. Da wird skandalisiert. Da werden Personen – häufig Politiker – hochgeschrieben und ebenso runtergemacht. Da werden oftmals Behauptungen in die Welt gesetzt, die ein bewusstes Klima erzeugen sollen. Das alles hat mit Pressefreiheit wenig zu tun. Zeigt aber Wirkung – sowohl in der Politik wie in der breiten Öffentlichkeit.

In diesem Zusammenhang: Wer hätte

einmal gedacht, dass sich die »Grünen«, als Anti-Kriegspartei gestartet, nunmehr zu den größten Befürwortern von Rüstungslieferungen an die Ukraine hervortun. All das prägt! Prägt das Bewusstsein – prägt Meinungen. Auch und gerade in der breiten Öffentlichkeit. Auch bei unseren Mitgliedern. Kein Wunder, dass sich viele bedeckt halten, insbesondere wenn es um die Ursachen des Konfliktes geht. Aber wer die Ursachen nicht kennt oder sich weigert, sie zur Kenntnis zu nehmen, wird kaum eine Lösung des Konfliktes erreichen. Der wird wieder und wieder nur den alten Parolen hinterherlaufen.

Deshalb: Wie eine Meinung im Kopf entsteht, da haben auch wir etwas mit zu tun. Wenn wir zu politischen Themen schweigen, wenn wir schweigen, wenn wissentlich die Unwahrheit gesagt wird, wenn wir uns wegducken, dann überlassen wir den anderen das Feld. Dann müssen wir uns nicht wundern, wenn sich der Mainstream mehr und mehr in den Köpfen festsetzt.

Ich weiß, dass ist nicht einfach in dieser Zeit. Ich weiß, dass es oftmals Mut braucht, um sich gegen den Mainstream zu stellen. Aber wir haben eben keine andere Wahl! Die Delegierten des Gewerkschaftstages der ver.di haben sich der Debatte gestellt. Unabhängig von den Diskussionsergebnissen: Eine ermutigende Entwicklung.

Wir als Gewerkschaften sollten unsere Möglichkeiten, unsere Räume stärker nutzen: für eine Wiederbelebung der Debatte um Krieg und Frieden. Weil wir den Frieden nicht nur wollen, sondern weil wir den Frieden brauchen. Und weil wir wieder ein wirksamer Teil der Friedensbewegung sein sollten.

Und wir haben solche Möglichkeiten. Wir haben solche »Räume«, um Orientierung zugeben, Meinungen zu bilden. In den Gewerkschaften haben wir zum Beispiel gewählte Vorstände. Hier muss Flagge gezeigt werden. Sie müssen Beispiel geben. Wir haben in der IG Metall mindestens drei Vorstandsmitglieder aus jedem Bezirk – sie sind gefordert als Multiplikatoren. Wir haben nicht nur zu warten, ob sich von unten etwas rührt. Wir haben in den Bezirken zum Beispiel die Bezirksleitungen. Wir haben in den Bezirken die Bezirkskonferenzen.

All diese »Räume« können wir nutzen, um die Position der Gewerkschaften zu Krieg und Frieden wieder und wieder deutlich zu machen.

Und wir haben die örtlichen Gliederungen, unsere Geschäftsstellen (Ortsverwaltungen). Wir haben in diesen Geschäftsstellen ebenfalls gewählte Vorstände. Die Vorstandsmitglieder aus den Betrieben sind tragenden Säulen unserer Betriebsvertretungen. Also Personen mit einem »hohen Stellenwert«. Gerade auch sie sind in der Pflicht, aufzuklären, Orientierung zu geben, gegen tendenziöse Berichterstattung, gegen Halbwahrheiten oder gar Falschmeldungen.

Und wir haben die Möglichkeiten, die Delegiertenkonferenzen vor Ort zur Meinungsbildung zu nutzen, selbstverständlich auch jede Art von Versammlungen. Warum nutzen wir nicht die Möglichkeit, in unsere Veranstaltungen auch Referenten aus Wissenschaft, Kultur und Politik einzuladen? Wir müssen nicht immer alles selbst machen, wenn andere Sachverständige es möglicherweise sogar besser können.

Wir haben also Möglichkeiten! Wir müssen sie nutzen! Auch und gerade, weil wir sehen, wie die soziale Lage in unserem Lande immer prekärer wird. Die ungeheuren Summen für die Rüstung auf der einen Seite führen unweigerlich zu weiteren Einsparungen auf der anderen Seite. Und die überwiegend unsinnigen und unwirksamen Sanktionen tun ein Weiteres. Die Preise steigen. Bei Energie in ungeahnte Höhen. Die Inflation insgesamt belastet die Haushalte. Und selbst wenn die Gewerkschaften es wollten, ein solcher sozialer Aderlass ist durch die Tarifpolitik nie und nimmer auszugleichen.

Auch deshalb: Wir haben alles zu tun, um dem Frieden wieder eine Chance zu geben. Das Thema Frieden und Abrüstung muss überall mehr in den Vordergrund gerückt werden. Das gilt auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Das gilt auch für Schulen und Universitäten und andere Bildungseinrichtungen. Tragen wir alle miteinander dazu bei, Jede und Jeder nach allen Möglichkeiten, dass wir wieder eine mächtige, unüberhörbare Friedensbewegung werden.

## VSA: Gegen Aufrüstung!

Walter Baier/Peter Brandt/Lühr Henken/Uwe Hiksck/  
Barbara Majd-Amin/Michael Müller/Peter Wahl u.a.

### Krieg bis zur Erschöpfung?



VSA:

Gegen Aufrüstung und  
Militarisierung

Walter Baier/Peter Brandt/Lühr Henken/  
Uwe Hiksck/Barbara Majd-Amin/  
Michael Müller/Peter Wahl u.a.

#### Krieg bis zur Erschöpfung?

Gegen Aufrüstung und Militarisierung  
160 Seiten | € 14.80 | ISBN 978-3-96488-167-0

Mehr Infos unter [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

